

FDP Fraktion

in der Stadtverordnetenversammlung
der Kreisstadt Heppenheim



An den
Magistrat der Kreisstadt Heppenheim
-Stadtverordnetenbüro-
Frau Stadtverordnetenvorsteherin Susanne Benyr
Großer Markt 1
64646 Heppenheim

FDP Fraktion Heppenheim
Kellereigasse 11
64646 Heppenheim

Christopher Hörst
Fraktionsvorsitzender
Mail: hoerst.fdp@gmail.com

Antrag zur Stadtverordnetenversammlung

Betr.: Resolution ‚Kindergartengebühren sind Ländersache‘

Heppenheim, 01.08.2016

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin Benyr,

im Namen meiner Fraktion bitte ich Sie folgenden Antrag zur Beschlussfassung in die anstehende Stadtverordnetenversammlung und zuvor in die Beratung der Ausschüsse zu geben.

Antrag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Bedeutung frühkindlicher Bildung ist bekannt und wird in vielen Untersuchungen nachgewiesen. Trotzdem weigert sich die Hessische Landesregierung, Kitas als Bildungseinrichtungen anzusehen und mit entsprechenden Mitteln auszustatten. Stattdessen sollen die Städte und Gemeinden selbst den vom Land verabschiedeten Rechtsanspruch auf einen Kindertagesplatz ab 3 Jahren für alle Kinder und für mindestens 35 Prozent der Kinder unter 3 Jahren finanziell alleine stemmen. Ein Unterfangen, das die seit Jahren unterfinanzierten Kommunen nicht ohne immer größere Schwierigkeiten und wachsenden Zuschussbedarf umsetzen können.

In Heppenheim gibt es mittlerweile Kindertagesstätten, Kinderkrippen und Schülerbetreuungen in unterschiedlicher Trägerschaft. Die Kosten pro Kindergartenplatz belaufen sich auf über 3200 Euro pro Jahr, Hort und U3-Betreuung sind noch teurer. Im Haushaltsjahr 2016 wird das städtische Defizit bei den Kindergartengebühren ansteigen. Die finanziellen Aufwendungen werden auch in den kommenden Jahren weiter zunehmen, weil aufgrund einer steigenden Anzahl von Kindern mit einem steigenden Bedarf an Kindertagesstätten zu rechnen ist.

Vor diesem Hintergrund fordern die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Heppenheim die Hessische Landesregierung einmütig auf, den Kommunen ausreichend Finanzmittel für Kindergartenplätze zur Verfügung zu stellen, um den vom Land eingeräumten Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz dauerhaft finanzieren zu können.

Ferner fordert die Stadtverordnetenversammlung der Kreisstadt Heppenheim das Land Hessen auf, die Elterngebühren für die Betreuungseinrichtungen perspektivisch vollständig selbst zu übernehmen. Spätestens nach Neuordnung des Länderfinanzausgleiches müssen entsprechende finanzielle Mittel durch das Land Verwendung finden und die bisherige Praxis, das letzte Kindergartenjahr mit 100 Euro pro Kind zu bezuschussen, ablösen und eine echte Gebührenfreiheit ermöglichen.

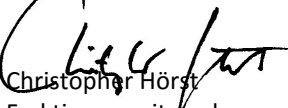
Die Stadtverordnetenversammlung fordert daher den Magistrat auf, eigenständig Maßnahmen zu ergreifen, um gemeinsam mit den Eltern auf die Umsetzung o.g. Maßnahmen hinzuwirken (z.B. durch Organklage oder ein Volksbegehren).

Begründung:

Die Höhe der Kinderbetreuungsgebühren ist für die Eltern ärgerlich und ist dem Anspruch einer für jeden Geldbeutel erschwinglichen Betreuung in Heppenheim nicht zuträglich, andererseits aber aufgrund haushalterischer Notwendigkeiten und Verpflichtungen durch das Land Hessen notwendig. Die Stadt Heppenheim kann das Ziel einer kostenfreien Betreuung nicht allein erreichen. Hierzu ist endlich eine echte Unterstützung von übergeordneten staatlichen Ebenen notwendig. Die städtischen Gremien sollen dieses Ziel durch den Beschluss o.a. Resolution unterstützen. Ebenso sollen die Eltern die Möglichkeit erhalten, das Land Hessen dazu aufzufordern, die Gebühren ähnlich wie in Rheinland-Pfalz endlich vollständig zu übernehmen, statt wie in der jetzigen Regelung nur das dritte Kindergartenjahr zu bezuschussen.

-Weitere Begründung bei Bedarf mündlich in der Sitzung-

Mit freundlichen Grüßen,


Christopher Hörst
Fraktionsvorsitzender

Nawid Hariri
Stadtverordneter

Karl-Heinz Krauß
Stadtverordneter

Yannick Mildner
Stadtverordneter

Markus Wilfer
Stadtverordneter